

## „Nur nicht aufgeben!“

Eine Kneipe in Kreuzberg, Tapas auf dem Tisch. Zehn Berliner Volkshochschuldozentinnen und -dozenten sowie ein ver.di-Bildungssekretär, ihr langjähriger Unterstützer, prosteten sich zu. Wir feiern die Honorarerhöhung, die ab dem 1. August 2018 gilt. Innerhalb von zwei Jahren bekommen alle Lehrenden an den zwölf Berliner Volkshochschulen 27 Prozent mehr Geld. Dozentinnen und Dozenten in allen Sprachkursen, ob Deutsch oder Fremdsprachen, erhalten 2019 schließlich 35 Euro pro Unterrichtsstunde wie in den bundesfinanzierten Integrationskursen. „Ich habe bis zuletzt gezittert, ob es klappt“, sagt Deutsch-Dozentin Sabine. Über die Erhöhung bei Fremdsprachen freut sich besonders Viviana, Italienisch-Dozentin. Die beiden sind zwei von zehn Sprecherinnen und Sprechern, die bei der jährlichen Vollversammlung gewählt wurden. Mit Infopapieren und Besuchen hatten wir bis kurz vor der Abstimmung über den Doppelhaushalt 2018/19 die Berliner Bildungsverwaltung sowie Politikerinnen und Politiker traktiert.

Eigentlich hatten wir schon 2016 durch Lobbyarbeit im Landeswahlkampf eine Sensation im Koalitionsvertrag von SPD, Linken und Grünen erreicht. Dort ist die Rede von besserer Bezahlung, sozialer Absicherung und tarifvertraglichen Regelungen für Volkshochschuldozentinnen und -dozenten. Das hatten wir bereits fünf Jahre zuvor bei der Wahl versucht. Damals erfolglos. Aber, oh Schreck, diesmal standen



BILD Kursleitende aus Berlin demonstrieren für höhere Honorare und einen Tarifvertrag

wir – trotz des Erfolgs – im ersten Haushaltsentwurf 2018/19 gar nicht drin. Also aufs Neue die Lobby mühle. Und jetzt steht die Erhöhung in unseren Verträgen. Novum: Erstmals wird eine Honoraranhebung nicht nur über höhere Kursgebühren finanziert, sondern das meiste über den Landeshaushalt. Bezahlbare Bildung für alle – das ist auch unser Credo.

„Ich habe gelernt, Politikerinnen und Politiker mit klaren Fragen zu konfrontieren: ja, nein, was, wann“, sagt Ulrike, seit zehn Jahren vhs-Aktivistin. „Meine Angst, öffentlich für unsere Anliegen einzutreten, habe ich überwunden. Ich bin überzeugt, dass die langjährige Tagelöhnerei unwürdig ist – für uns und für die Volkshochschulen mit ihrem emanzipatorischen Ansatz.“

Unser Aktions-Coming-out hatten wir 2011 beim Deutschen Volkshochschultag in Berlin. Verkleidet als Kranke demonstrierten wir für eine Ausfallzahlung bei Krankheit. Erste Presseerklärung durch ver.di, erstes Interview im Deutschlandfunk. Später folgten viele Berichte. Seit 2014 haben wir eine Krankheitsausfallzahlung für die etwa 700 arbeitnehmerähnlichen Dozentinnen und Dozenten, die von der Volkshochschule wirtschaftlich abhängig sind und rund 70 Prozent des Unterrichts leisten. Doch zufrieden sind wir noch nicht. Die Krankheitszahlung gilt erst ab dem vierten Tag und beträgt nur 80 Prozent. Wir fordern – zusammen mit ver.di – einen Tarifvertrag für Dozentinnen und Dozenten, der uns sozial besser absichert und vor Rechtlosigkeit schützt. Ein Tarifvertrag ist rechtlich möglich für Lehrende mit einem arbeitnehmerähnlichen Status. Dieser Status wird vom Land Berlin anerkannt, wenn wir mindestens die Hälfte der vollen Arbeitszeit für die Volkshochschule tätig sind. Wir erhalten dann gesetzliches Urlaubsentgelt sowie Zuschläge zur Renten- und Krankenversicherung. Dennoch sind wir durch kurzfristige Verträge jederzeit von Stundenminderung bedroht und haben keine Personalvertretungsrechte. Nach einem Vollzeitberufsjahr an der Volkshochschule bekommen wir um die 600 Euro Rente. Wir wollen wie angestellte Lehrkräfte mit vergleichbarer Qualifikation bezahlt werden: 60 Euro pro Unterrichtsstunde. Mit der Option: Dauerstellen für Daueraufgaben.

Warum arbeiten wir trotzdem noch an der Volkshochschule? Ulrike sagt, der Deutschunterricht mit Teilnehmenden aus aller Welt sei nach wie vor beglückend und nie langweilig. Nach unserem Kneipenabend hat Claudia, auch Deutsch-Dozentin, einen Traum: „13 Uhr, Kursende. Ich gehe mit einer Teilnehmerin, die eine Frage hat, ins Lehrerzimmer mit Sofa, Kaffeemaschine und Internet. Wir drucken ein Formular aus und füllen es zusammen aus. Natürlich in meiner bezahlten Beratungsstunde. Dann bereite ich mich auf eine – ebenfalls bezahlte – Sitzung mit der Fachbereichsleitung vor. Meine Anregung wird mit Dank aufgenommen. Ich unterrichte jedes Jahr etwa die gleiche Stundenzahl und bin froh, dass ich bei längerer Krankheit und im Alter abgesichert bin. Meine Kollegin hat ein Problem, das besprechen wir morgen im Personalrat.“ Könnte Claudias Traum wahr werden? Ein Volkshochschultarifvertrag wurde dem Land Berlin von der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder verweigert. Aber wir geben nicht auf.

#### **BEATE STRENGE**

war empört über das niedrige Honorar als Kursleiterin und setzt sich in Berlin für ihre Berufsgruppe ein.